Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

seit die Ukraine kein russisches Gas mehr bezieht, stellen sich viele die Frage nach der Versorgungssicherheit in Deutschland. Unsere Gasversorgung in Deutschland ist von der Lage in der Ukraine nicht betroffen. Aber die Debatte zeigt, dass wir Deutschland und Europa von Importen fossiler Energieträger unabhängiger machen müssen. Langfristig geht das nur durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien und durch die Steigerung der Energieeffizienz. Über konkrete Schritte habe ich erst am Freitag mit meinen europäischen Kollegen in Luxemburg beraten.

Ich bin überzeugt, dass mehr Versorgungssicherheit in Europa nur als Gemeinschaftsprojekt funktionieren kann. Im Oktober entscheidet der Europäische Rat über die energie- und klimapolitische Strategie bis 2030. Diese Ziele werden auch die Basis dafür sein, unsere Energieversorgung langfristig zu sichern.

Entscheidend ist das Thema Energieeffizienz. Das wird bei den Verhandlungen für die zukünftige europäische Energie- und Klimapolitik derzeit noch viel zu wenig beachtet. National oder europaweit, mir ist wichtig, dass in der Energiepolitik alle miteinander diskutieren und zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Viele Beteiligte erkennen, dass wir in der Energiepolitik einen breiten Konsens brauchen. Das stimmt mich optimistisch.

Ihr
Sigmar Gabriel

Foto: © Dominik Butzmann

Ukraine-Konflikt: Gaslieferungen in die EU nicht betroffen

Die Versorgung der EU mit russischem Gas ist vom Ukraine-Konflikt nicht betroffen. Die Situation unterstreicht jedoch: Deutschland und die EU müssen unabhängiger von Importen fossiler Energieträger werden.

Foto: © colourbox.com / 4641634

Nachdem das russische Erdgasförderunternehmen Gazprom die Gaslieferungen an die Ukraine auf Vorkasse umgestellt hat, verzichtet die Ukraine jetzt auf Gaslieferungen aus Russland. Die Versorgung Deutschlands und Europas ist hiervon nicht betroffen. Das gilt sowohl für Gas- als auch für Rohöl- und Produktlieferungen.

Noch am Wochenende hatte EU-Energiekommissar Günther Oettinger versucht, zwischen dem ukrainischen Energieminister und dem Gazprom-Chef zu vermitteln. Die Gespräche hatten jedoch keine Ergebnisse gebracht.

Durch die Ukraine fließt russisches Gas auch in die EU. Dies betrifft etwa die Hälfte der russischen Gasexporte nach Europa. Die zweite Hälfte wird über andere Pipelines geliefert, zum Beispiel die bekannte Nord-Stream-Pipeline. Diese ist aktuell zu etwa zwei Dritteln ausgelastet. Das bedeutet, dass es neben der Route über die Ukraine auch weitere Kapazitäten gibt, um zusätzliche Lieferungen aus Russland zu transportieren. Derzeit deckt Russland rund ein Drittel des deutschen Gas- und Ölbedarfs.

Deutschland verfügt zudem über die viertgrößten Gasspeicherkapazitäten der Welt. Diese können theoretisch ca. ein Viertel des deutschen Jahresbedarfs abdecken. Die genaue Deckungsdauer hängt aber

von verschiedenen Parametern ab, wie den tatsächlichen Füllständen, Temperaturen und sonstigen Lieferungen.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel: „Energieversorgungssicherheit ist eine Aufgabe, die wir nur zusammen meistern können: Auch deshalb haben wir uns im Rahmen der G7-Staaten auf gemeinsame Maßnahmen für eine höhere Energiesicherheit verständigt. Und darum begrüße ich auch die Absicht der Europäischen Kommission, die Energieversorgungssicherheit zu erhöhen. Einfache und kurzfristige Lösungen, die uns unabhängig von Importen machen, gibt es nicht. Langfristig aber machen ein konsequenter Übergang zu erneuerbaren Energien und eine verbesserte Energieeffizienz möglich, die Energieversorgung auf ein sicheres Fundament zu stellen."

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Mehr darüber, wie sich die Europäische Union unabhängig von Lieferungen aus Russland machen will, erfahren Sie auch hier: http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=642138.html

EU-Energieminister erörtern Strategien zur Erhöhung der Versorgungssicherheit

Wie kann die Versorgungssicherheit in der Europäischen Union erhöht werden? Diese und weitere Fragen erörterten die Energieminister der 28 EU-Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund des russisch-ukrainischen Gaskonflikts bei einem Ratstreffen in Luxemburg.

Die Energieminister setzen darauf, dass Russland und die Ukraine verantwortungsbewusst eine Lösung suchen und begrüßten ausdrücklich das Engagement des EU-Kommissars für Energie Günther Oettinger bei den Verhandlungen beider Länder.

Neben dem Thema Versorgungssicherheit stand auch die Ausgestaltung der EU-Klima- und Energiepolitik bis 2030, der Aus- und Umbau des EU-Energiebinnenmarkts sowie die EU-Biokaftstoffpolitik auf der Agenda des Ratstreffens.

Bundesminister Gabriel: "Mir ist wichtig, dass wir die unterschiedlichen Elemente der Energie- und Klimapolitik zusammen diskutieren und entscheiden. Mittel- und langfristige Maßnahmen zur Energieversorgungssicherheit müssen Hand in Hand gehen mit der Energie- und Klimapolitik insgesamt. Wir brauchen eine Strategie in Europa, die zu Wachstum und Beschäftigung beiträgt. Energieeffizienz wird dabei

viel zu wenig vorangebracht. Mit klugen Energieeffizienzmaßnahmen auf allen Ebenen der Volkswirtschaft können wir konkret Kosten sparen und Arbeitsplätze schaffen. Deshalb bin ich sehr dafür, dass sich die Europäische Union für 2030 ein ehrgeiziges und verbindliches Energieeffizienzziel setzt, damit wir diese Potenziale endlich heben, überall in Europa. Dies sollte unbedingt Teil der Entscheidung im Oktober über unsere künftige energie- und klimapolitische Strategie in Europa werden."

Beim Thema EU-Biokraftstoffpolitik einigten sich die Energieminister auf neue Fördergrenzen: So soll für konventionelle Biokraftstoffe aus Raps, Palmöl oder Soja ab 2020 eine Obergrenze von sieben Prozent gelten. Damit werden ökologisch negative Effekte, die die Produktion konventioneller Biokraftstoffe durch so genannte indirekte Landnutzungsänderungen haben kann, zurückdrängt. Unter indirekten Landnutzungsänderungen versteht man, dass Flächen, die ursprünglich für die Erzeugung von Nahrungsmitteln bestimmt waren, nun für den Anbau von Energiepflanzen genutzt werden. Kritiker befürchten, dass durch diese Entwicklung die Nahrungsmittelproduktion verdrängt wird und sich Lebensmittel verteuern. Nicht zuletzt wird die Klimabilanz von großflächig angebauten Monokulturen in Frage gestellt.

Die Energieminister einigten sich darauf, dass fortschrittliche Biokraftstoffe der zweiten Generation - dazu zählen Stroh, Klärschlamm und Algen - zusätzliche Anreize erhalten.

MEHR ERFAHREN

Hier finden Sie die Pressemitteilung zu den Ergebnissen des Ratstreffens der EU-Energieminister in englischer Sprache: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/143200.pdf

Informationen zu den europäischen Energie- und Klimazielen für 2030 können Sie hier abrufen: http://ec.europa.eu/energy/2030_de.htm

Zur BMWi Themenseite „Mineralöl und Kraftstoffe: http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Konventionelle-Energietraeger/oel,did=516180.html

Foto: © colourbox.de

Gabriel: „Europa muss den Energiebinnenmarkt vollenden.“

Bundeswirtschaftsminister Gabriel diskutierte mit Energieerzeugern und Netzbetreibern der Nachbarländer Deutschlands in Berlin über den europäischen Energiebinnenmarkt und den grenzüberschreitenden Netzausbau.

„Die Verwirklichung des Energiebinnenmarktes entscheidet mit über das Gelingen der Energiewende in Deutschland“, betonte Bundeswirtschaftsminister Gabriel am 12. Juni beim Treffen mit Spitzenvertretern der europäischen Energiewirtschaft in Berlin.

Die Energieversorger und Netzbetreiber spielen für den Energiebinnenmarkt eine zentrale Rolle. Bundesminister Gabriel setzte sich dafür ein, dass die Firmen in den grenzüberschreitenden Netzausbau investieren und gezielt Projekte vorantreiben, um Versorgungsengpässe an den Grenzen in den Griff zu bekommen. Dies seien wesentliche Baustellen, um den europäischen Energiebinnenmarkt zu vollenden.

Wichtig für die Energiewende in Deutschland sei insbesondere das geplante Seekabelprojekt „Nord.Link“. Es soll den deutschen mit dem norwegischen Strommarkt verbinden. Beim Treffen in Berlin waren auch die Firmen Statnett, Tennet und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) anwesend, die für das Projekt verantwortlich sein sollen. Bereits im März hatte Bundesminister Gabriel dem norwegischen Erdöl- und Energieminister Tord Lien zugesagt, das Projekt Nord.Link uneingeschränkt zu unterstützen.

Gemeinsames Auftreten der EU wichtig für sichere Versorgung

Neben dem Energiebinnenmarkt standen auch die europäischen Klima- und Energieziele bis 2030 im Mittelpunkt des Treffens. Bundesminister Gabriel machte klar, dass europäische Lösungen für den Klimaschutz, die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Energiewirtschaft unverzichtbar seien. „Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine zeigt sich auch nach außen“, so Gabriel, „dass Europa ein gemeinsames Auftreten der EU und der Mitgliedstaaten braucht, um seine Energieversorgung zu sichern.“ Die Bundesregierung macht sich auf EU-Ebene insbesondere für drei gemeinsame Ziele stark: mindestens 40 Prozent weniger Treibhausgasausstoß, mindestens 30 Prozent Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch sowie die Formulierung eines verbindlichen Energieeffizienzziels, das so bisher nicht existiert.

Das Treffen fand im Rahmen des „Roundtable of European Energy Industrialists” statt. Eingeladen hatte Auke Lont, Präsident und Vorstandsvorsitzender des norwegischen Energieversorgers Statnett.

WEITERE INFOS

Mehr über Nord.Link erfahren Sie unter http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=632248.html

Wofür sich das BMWi in der europäischen Energiepolitik einsetzt, erfahren Sie hier:
http://www.bmwi.de/DE/Themen/energie.html

Foto: © *48790481 / Fotolia.com*

Gabriel: Durch Hermesdeckungen den Ausbau von erneuerbaren Energien im Ausland unterstützen

Im Zusammenhang mit dem geplanten Bau des Offshore-Windparks Gemini vor der holländischen Küste hat die Bundesregierung Exportkreditgarantien für deutsche Unternehmen übernommen. Im Gegensatz dazu soll es künftig für Nuklearanlagen im Ausland diese Absicherung nicht mehr geben.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, warb in seiner Rede am 4. Juni für eine verstärkte Zusammenarbeit in der Energiepolitik. "Deutschland will die Energiewende nicht im Alleingang umsetzen. Wir brauchen eine enge Abstimmung mit unseren europäischen Partnern und vor allem mit unserem Nachbarland Frankreich." Eine erfolgreiche Energiewende könne dazu beitragen, Europa in neuen Technologiefeldern international wettbewerbsfähig zu machen. "Zudem leistet sie einen Beitrag zu mehr Klimaschutz und einer bezahlbaren, sicheren Energieversorgung", betonte Staatssekretär Beckmeyer.

Im Mittelpunkt der Energiekonferenz standen Fördermechanismen für erneuerbare Energien, aber auch Themen wie eine verstärkte Kooperation beim grenzüberschreitenden Netzausbau sowie Speicherlösungen bei der Integration der erneuerbaren Energien in das Stromversorgungssystem.

Deutschland und Frankreich haben auf der Ministerkonferenz im Februar 2014 vereinbart, ihre Zusammenarbeit insbesondere im Energiebereich weiter zu stärken. "Beide Länder haben das Ziel, ihren Energieverbrauch deutlich zu reduzieren. Auch hier arbeiten wir eng zusammen", sagte Staatssekretär Beckmeyer. Auch in der laufenden Diskussion zum europäischen "Klima- und Energierahmen 2030" sei es wichtig, rasch zu einer Einigung zu kommen.

MEHR ERFAHREN

Hier erfahren Sie mehr über die 2. Deutsch-französische Energiekonferenz:
http://www.efa-conference.com/

Informationen zu den europäischen Energie- und Klimazielen für 2030 können Sie hier abrufen.
http://ec.europa.eu/energy/2030_de.htm

Foto: © istockphoto.com / 000021199276

Gauck: Norwegen leistet zentralen Beitrag zur Energiesicherheit

Beim Staatsbesuch in Norwegen betonte Bundespräsident Joachim Gauck den Beitrag Norwegens für die sichere Energieversorgung in Deutschland.

Bild: © Bundesregierung / Steffen Kugler

Bundespräsident Joachim Gauck betonte bei seinem Staatsbesuch den Beitrag Norwegens für die sichere Energieversorgung in Deutschland. Der Bundespräsident sagte am Donnerstag in Oslo, er setze auf die Zusammenarbeit beider Länder in der Energiepolitik. „Das ist uns besonders wichtig, gerade in einer Zeit, da sich Europa darüber Gedanken macht, wie die Abhängigkeit von Russland auf diesem Gebiet verringert werden kann.“ Norwegen ist nach Russland der zweitgrößte Energielieferant Deutschlands.

Ein Beispiel für die gemeinsame Energiepolitik zwischen Deutschland und Norwegen ist das Seekabelprojekt Nord.Link. Es soll deutsche und norwegische Energiemärkte verbinden, und beide Länder sollen davon profitieren. Die Idee: Norwegen könnte Strom aus Deutschland zwischenspeichern, und Deutschland könnte ihn abrufen, wenn die Stromnachfrage steigt. Denn Norwegen verfügt konstant über Wasserkraft, Deutschland setzt in Zukunft mehr auf die schwankende Stromerzeugung aus Quellen wie

Wind und Sonne. So sollen beide Länder als Partner jeweils von der Erzeugungsstruktur des anderen profitieren können.

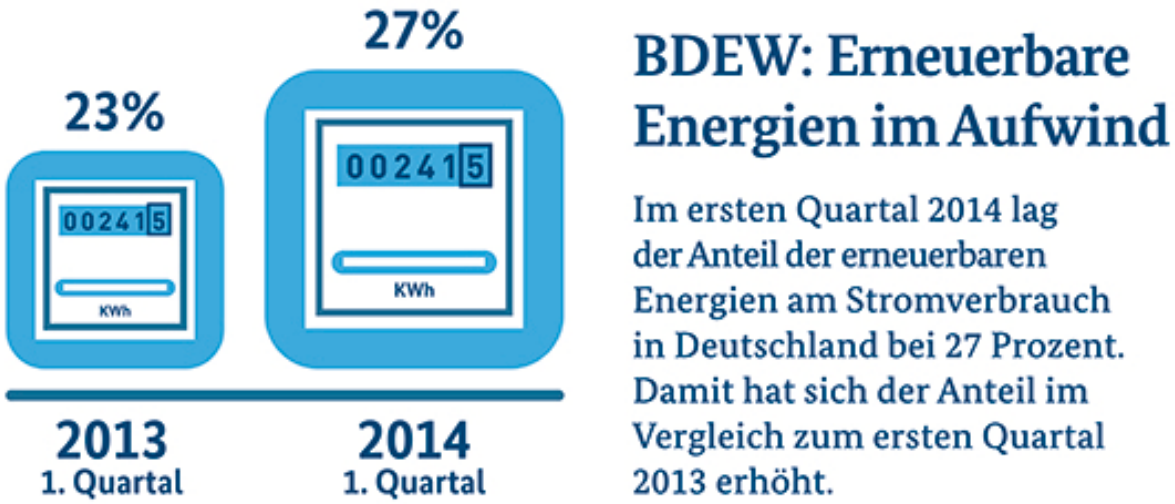
Bundespräsident Joachim Gauck war auf Einladung von König Harald V. nach Norwegen gereist. Neben der gemeinsamen Energiepolitik standen die freundschaftlichen Beziehungen beider Länder, der weltweite Frieden sowie die Forschung und Hochtechnologie in Norwegen im Mittelpunkt des Staatsbesuchs.

WEITERE INFOS:

Mehr zum Projekt Nord-Link erfahren Sie hier:
http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=632248.html

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft: Anteil der erneuerbaren Energien steigt im ersten Quartal 2014

Laut Berechnungen des des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) soll der Anteil der regenerativen Energien am Stromverbrauch in Deutschland im ersten Quartal 2014 voraussichtlich auf 27 Prozent gestiegen sein.



Grafik: © BMWi / Zahlen: BDEW

Laut BDEW ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Brutto-Inlandsstromverbrauch im ersten Quartal 2014 voraussichtlich auf 27 Prozent, gestiegen. Im ersten Quartal 2013 lag der Wert noch bei 23 Prozent.

In absoluten Zahlen ausgedrückt hat sich nach Einschätzung des Verbandes die Stromerzeugung aus Quellen wie Wind, Sonne oder Biomasse von 35,7 auf 40,2 Milliarden Kilowattstunden erhöht. Die Stromerzeugung aus Photovoltaikanlagen ist mit fast 70 Prozent besonders stark gestiegen, beim Anteil der Windenergieanlagen hat der Verband einen Anstieg um rund 19 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal errechnet.

Diese positive Entwicklung führt der BDEW auf den weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien und die günstigen Witterungsverhältnisse zu Beginn des Jahres zurück. Gleichzeitig betont der Verband, dass die Entwicklung des ersten Quartals noch keine Prognosen für das Gesamtjahr 2014 zulasse. Grund hierfür sind die besonders starken Schwankungen, denen die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien durch die verschiedenen Jahreszeiten, aber auch die Witterung unterliegt. Dadurch könne der Anteil der erneuerbaren Energien im Jahresdurchschnitt durchaus auch unter den bislang erreichten Quartalswerten bleiben, so der BDEW.

Der Brutto-Inlandsstromverbrauch ergibt sich aus der Summe der Bruttostromerzeugung und dem Stromtauschsaldo mit dem Ausland - der Differenz des physikalischen Stromflusses aus dem Ausland nach Deutschland bzw. umgekehrt. Anders als der Endenergieverbrauch umfasst der Brutto-Inlandsstromverbrauch auch Netzverluste und den Eigenverbauch bei der Umwandlung von Energieträgern.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

Weitere Zahlen und Grafiken zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien des BDEW finden Sie hier: http://bdew.de/internet.nsf/id/DE_Erneuerbare-Energien

Zur BMWi-Themenseite „Erneuerbare Energien“: http://bmwi.de/DE/Themen/Energie/erneuerbare-energien.html

Erster Deutsch-Polnischer Energiegipfel

Deutschland und Polen müssen auch weiterhin auf dem Feld der Energiepolitik aktiv zusammenarbeiten. Das unterstrich Staatssekretär Beckmeyer auf dem Deutsch-Polnischen Energiegipfel, der in der vergangenen Woche zum ersten Mal stattfand.

"In diesem Jahr feiern wir das 25-jährige Jubiläum des politischen Wandels in Polen. Europa ist seither nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zusammengewachsen. Auch in der Energiepolitik müssen wir grenzüberschreitend denken und handeln", betonte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, in seinem Grußwort.

"Deutschland und Polen verfolgen zwar verschiedene Ansätze der Energieversorgung, etwa beim Ausbau der erneuerbaren Energien oder bei der Atomkraft." Beim Thema Energieeffizienz oder der grenzüberschreitenden Netzinfrastruktur gebe es aber für die beiden Nachbarländer viele Möglichkeiten der Kooperation.

Beckmeyer lobte bereits bestehende Kooperationen im Bereich der Energieinfrastruktur. Die Zusammenarbeit der Übertragungsnetzbetreiber funktioniere bereits heute sehr gut, und auch für den weiteren Ausbau der Verbindungsleitungen zwischen Deutschland und Polen gebe es konkrete Projekte. "Engpässe an den Grenzen sind ineffizient und verteuern die Preise", betonte er.

Durch die 2013 in Kraft getretenen "Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur" seien zusätzliche Impulse für Investitionen in grenzüberschreitende Projekte zu erwarten. "Wir sollten jetzt einen gemeinsamen Lernprozess anstoßen, wie wir Kosten senken und Synergien schaffen können", betonte Staatssekretär Beckmeyer. "Eine regelmäßig stattfindende Energiekonferenz kann dazu beitragen."

Der Deutsch-Polnische Energiegipfel in Berlin fand in diesem Jahr zum ersten Mal auf Initiative des Arbeitgeberverbands der Republik Polen, des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) sowie der Botschaft der Republik Polen statt. Neben Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Verbänden beider Länder nahmen auch der zuständige Minister des Staatsschatzes sowie der Minister für Wirtschaft der Republik Polen an der Konferenz teil.

MEHR ERFAHREN

Informationen zur Europäischen Energiepolitik und den "Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur" finden Sie hier: http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energiepolitik/europaeische-energiepolitik,did=281908.html

Foto: © BMWi

Energy Efficiency Award 2014: Bewerbungsfrist endet am 30. Juni

Den Energieverbrauch gesenkt und Kosten gespart? Unternehmen aus Industrie und produzierendem Gewerbe können noch bis 30. Juni am Energy Efficiency Award teilnehmen.

Der Countdown läuft. Unternehmen aus Industrie und produzierendem Gewerbe, die im eigenen Betrieb die Energieeffizienz erfolgreich gesteigert und Kosten gesenkt haben, können sich bis zum 30. Juni 2014 für den internationalen Energy Efficiency Award bewerben. Er steht unter der Schirmherrschaft von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und ist mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 30.000 Euro dotiert.

Teilnehmen können Firmen jeder Größe und Branche. Besonders kleine und mittlere Unternehmen sind aufgerufen, sich am Wettbewerb zu beteiligen.

Mit dem Preis zeichnet die Initiative EnergieEffizienz der Deutschen Energie-Agentur (dena) seit 2007 herausragende Energieeffizienzprojekte aus. In diesem Jahr findet der Wettbewerb zum achten Mal statt. Die nominierten Projekte werden Ende September 2014 veröffentlicht. Die Preisverleihung findet am 11. November unter Anwesenheit eines hochkarätigen Fachpublikums in Berlin statt.

Sie möchten teilnehmen? Dann klicken Sie hier für Informationen zum Bewerbungsverfahren: www.EnergyEfficiencyAward.de

http://www.stromeffizienz.de/industrie-gewerbe/handlungsfelder/energy-efficiency-award/so-bewerben-sie-sich.html

Wer die bisherigen Preisträger des Energy Efficiency Awards waren, erfahren unter diesem Link: http://www.stromeffizienz.de/industrie-gewerbe/handlungsfelder/energy-efficiency-award/preistraeger-2007-2013.html

Bild: © dena

EU-Energielabel wird ab 2015 auch online Pflicht

Ab 2015 müssen Händler auch im Internet Geräte wie Waschmaschinen oder Staubsauger mit dem EU-Label kennzeichnen. Das sieht die EU in einer Verordnung vor, die vergangene Woche europaweit in Kraft getreten ist. Das Label zeigt, ob Produkte Energie sparen.

Welcher Geschirrspüler oder welcher Staubsauger ist der richtige für mich? Die Antwort suchen viele Verbraucherinnen und Verbraucher im Internet. Beim Online-Kauf fehlen ihnen jedoch oft wesentliche Informationen. Zum Beispiel Hinweise dazu, ob das Gerät energieeffizient ist oder nicht. Schließlich zeigt eine Waschmaschine manchmal erst nach dem Kauf, dass sie nicht nur Wäsche, sondern auch Strom

(ver-)schleudert. Deshalb müssen Händler ab 2015 das EU-Energielabel auch im Internet verwenden, inklusive Etikett und Datenblatt. Das sieht eine Verordnung der Europäischen Union vor, die am 6. Juni europaweit in Kraft getreten ist.

Mit dem Energielabel hilft die Europäische Union Käuferinnen und Käufern, Stromsparer von Energiefressern auf einen Blick zu unterscheiden. Es zeigt in verschiedenen Farben und anhand der Klassen A+++ bis G, ob ein Gerät mehr oder weniger Energie verbraucht. Konkret gilt die neue Regelung zunächst für Kühlgeräte, Geschirrspüler, Waschmaschinen, Wäschetrockner, Raumklimageräte, Fernsehgeräte, Staubsauger, elektrische Lampen und Leuchten.

Das EU-Label ist vielen als Aufkleber an Haushaltgeräten bekannt. Es hat in den vergangenen Jahren geholfen, die Energieeffizienz von vielen Produkten stark zu verbessern. Im Internet müssen Händler heute lediglich die Basisinformationen nennen, die auf dem Label angegeben sind, ohne Farbskala oder Angaben zur besten Energieeffizienzklasse der Produktgruppe.

Welche Waschmaschine spart am meisten?

Übrigens: Wer schon heute im Internet erfahren möchte, welche Waschmaschine, welcher Laptop oder welcher Flachbildschirm am stärksten Energie sparen, findet Hilfe bei der Deutschen Netz-Agentur (dena). In ihrer so genannten „TopGeräte-Datenbank“ gibt sie Tipps. Klicken Sie dafür einfach auf diesen Link: http://www.stromeffizienz.de/private-verbraucher/onlinehilfen/topgeraete-datenbank.html

WEITERE INFORMATIONEN

Wie sich das BMWi noch dafür einsetzt, mehr aus Energie zu machen, das erfahren Sie unter Link: http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/energieeffizienz-und-energiesparen.html

Erfahren Sie hier außerdem mehr darüber, wie die Exportinitiative Energieeffizienz energiesparende Produkten aus Deutschland weltweit fördert:
Link: www.efficiency-from-germany.info

Bild: © Europäische Kommission

Zitat der Woche

Eberhard Brandes, Geschäftsführer World Wide Fund for Nature Deutschland (WWF):

„Effizienztechnologien sind die Ölquellen der Zukunft. Sie machen Energie langfristig sicher, kostengünstig und umweltfreundlich. Deutschland hat ein gewaltiges Potential für technologische Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen, das wir noch nicht genug nutzen. Hier müssen die Anreize richtig gesetzt werden, dann sprudeln diese neuen Energiequellen wie gestern das Öl.“

Pressestimmen

Die Energiewende und die aktuelle Reform des EEG sind weiter große Themen in den Medien. In unserer Rubrik „Pressestimmen“ haben wir für Sie einige interessante Artikel dazu ausgewählt.

Foto: © Knipserin / fotolia.com

sueddeutsche.de, 16.06.2014: Erdgas aus der Sahara
Der Ukraine-Konflikt macht deutlich: Europa muss unabhängiger werden von Gazprom. Süddeutsche.de blickt nach Spanien, das sein Pipeline-System für Erdgas ausbaut. Das könnte die Energiesicherheit für alle EU-Staaten erhöhen.
http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/europas-abhaengigkeit-von-gazprom-erdgas-aus-der-sahara-1.2001029

heute.de, 15.06.2014: Solarindustrie boomt – außer in Deutschland
In vielen Ländern steigt die Nachfrage nach Photovoltaikanlagen, in Deutschland hingegen schrumpft die Branche. Diesem Trend wollen Wissenschaftler und Unternehmen mit dem Bau einer Riesensolarfabrik nach dem Vorbild von Airbus entgegenwirken, berichtet heute.de.
http://www.heute.de/solarindustrie-vor-neuem-boom-im-ausland-deutschland-droht-weiterer-markteinbruch-33597428.html

Stuttgarter Zeitung, 15.06.2014: Gabriel prüft RWE-DEA-Verkauf an russischen Oligarchen
Das Bundeswirtschaftsministerium hat angekündigt, das geplante Milliardengeschäft zwischen dem Energiekonzern RWE und einer Firmengruppe um den russischen Oligarchen Michail Fridmann zu prüfen, meldet die Stuttgarter Zeitung.

http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.bundesregierung-gabriel-prueft-rwe-dea-verkauf-an-russischen-oligarchen.2e3c3c79-6ba2-4943-a30b-d6cedac4d75b.html

Faz.net, 14.06.2014: Die vernachlässigte Energiewende

Hinter der Energiewende verbirgt sich mehr als der Ausbau von Windrädern und Photovoltaikanlagen. Faz.net-Redakteur Johannes Pennekamp macht in einem Kommentar deutlich, welch hohen Stellenwert saubere Heizenergie und Energieeinsparungen bei der Verringerung des CO2-Ausstosses haben.
http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/deutschland-die-vernachlaessigte-energiewende-12989053.html

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Postanschrift: 11019 Berlin
V.i.S.d.P. Dr. Christine Kahlen
Telefax: 030-18 615-5208
E-Mail: newsletter-energiewende@bmwi.bund.de

Redaktion
Hirschen Group GmbH
Schlesische Straße 265
10977 Berlin

Bildnachweise
Siehe Quellenvermerke am Bild
bzw. am Artikelende

Stand
Juni 2014